

PRESSEMITTEILUNG

06. August 2021

Studie: Dollarisierung in Schwellenländern geht nicht mit höheren Finanzmarktrisiken einher

Die Dollarisierung in Schwellenländern führt nicht notwendigerweise zu größeren Risiken für das Finanzmarktsystem dieser Länder, so das Ergebnis einer jüngst veröffentlichten Studie unter Beteiligung der Universität Mannheim. „Die allgemeine Ansicht, dass eine Dollarisierung zu einer höheren Verletzlichkeit [des Finanzsystems] führt, ist übertrieben,“ schreiben die Autoren.

Dollarisierung bezeichnet die Einführung des US-Dollar parallel oder anstelle der lokalen Währung und ist weit verbreitet in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Dollarisierung von Einlagen kann als Versicherungs-Arrangement betrachtet werden, das häufiger innerhalb des entsprechenden Landes zustande kommt als über die Grenzen des Landes hinweg.

Im Mittel belaufen sich die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse auf rund die Hälfte der inländischen Kapitalflüsse, schreiben die Autoren, die im Zeitraum zwischen dem Jahr 2000 und 2018 verschiedene Datensätze von bis zu 16 Ländern ausgewertet haben.

Die Idee einer ‘Versicherung’ von Dollar-Einlagen geht dabei auf den Umstand zurück, dass der US-Dollar tendenziell aufwertet, sofern die Wirtschaft des dollarisierten Landes in eine Rezession abgleitet. „Für viele Menschen – insbesondere in den USA – erscheinen Einlagen als ein triviales Instrument, aber in den meisten Ländern, vor allem in Schwellenländern, sind solche Anlagen das hauptsächlichste Instrument des Sparens“, erläutern die Wissenschaftler.

Haushalte, die ihre Anlagen in Dollar denominieren, kaufen damit eine Art Versicherung über den Konjunkturverlauf, argumentieren die Ökonomen Lawrence Christiano von der Northwestern University, Husnu Dalgic von der Universität Mannheim und Armen Nurbekyan von der Zentralbank Armeniens.

Der ‘Preis’ für diese Versicherung des Anlegers ist der Zinsunterschied im Vergleich zu Anlagen in lokaler Währung. Der ‘Ertrag’ der Versicherung entspricht der Steigerung der Rendite in Dollars, der entsteht, wenn die lokale Währung in einer Rezession gegenüber dem Dollar abwertet.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeichneten ein „relativ harmloses Bild einer Dollarisierung von Depositionen“, schreiben die Wissenschaftler. „Dennoch hält sich die Ansicht, dass eine Dollarisierung gefährlich ist und die Anfälligkeit von Banken für eine systemische Krise erhöht.“

Dagegen legten die Daten der Studie nahe, dass eine Dollarisierung die Gefahr einer Finanzkrise „nicht erhöht, da die entstehende Währungsinkongruenz (currency mismatch) in den Händen gering verschuldeter Unternehmen liegt, die Wechselkursschwankungen bewältigen können“, so Christiano, Dalgic und Nurbekyan.

‘Currency Mismatch’ beschreibt die Situation, dass ein Kredit in einer ausländischen Währung denominiert ist, sodass die Kosten mit dem Wechselkurs der inländischen Währung schwanken.

Zugleich zeigen die Resultate der Studie, dass der Großteil solcher dollarisierten Verträge von nicht-finanziellen Unternehmen angeboten wird, nicht aber von Banken. Dies sei einer umsichtigen Regulierung und Aufsicht zu verdanken, die direkte negative Auswirkungen auf das Bankensystem vermeiden helfen.

PRESSEMITTEILUNG

Auch die Ansicht, dass eine Dollarisierung im Falle einer Rezession zu geringeren Investitionen und fallender Beschäftigung führt, werde durch die Studie nicht untermauert, so die Forscher. „Umsätze und das Bruttoinlandsprodukt scheinen der Haupttreiber für Investitionen nicht-finanzieller Unternehmen zu sein, nicht Wechselkursschwankungen.“

Darüber hinaus konnten die Ökonomen keine empirischen Belege dafür finden, dass eine Dollarisierung zu einer Überreaktion auf Wechselkursschwankungen führt. Vielmehr legten die Daten nahe, dass der Beitrag einer Dollarisierung zur Volatilität „minimal“ sei.

Die Dollarisierung von Depositen führe schließlich auch nicht zu einer besseren Vorhersagbarkeit von Finanzkrisen oder der Schwere einer Krise. „Während unsere Ergebnisse bisherige Forschungen bestätigen, dass eine übermäßige Kreditaufnahme Risiken für eine Krise erhöhen, steigert die Denominierung der Kredite nicht per se deren Wahrscheinlichkeit“, so die Autoren.

Husnu Dalgic ist Mitglied des Sonderforschungsbereichs Transregio 224 EPOs. Das vorgestellte Diskussionspapier ist eine Publikation des Sonderforschungsbereichs Transregio 224 EPOs. Klicken Sie bitte [hier](#) für die vollständige Studie. Eine Liste aller Diskussionspapiere dieser Projektgruppe finden Sie [hier](#).

Der 2018 eingerichtete Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPOs, eine Kooperation der Universität Bonn und der Universität Mannheim, ist eine langfristig angelegte Forschungseinrichtung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird. EPOs befasst sich mit drei zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen: Wie kann Chancengleichheit gefördert werden? Wie können Märkte angesichts der Internationalisierung und Digitalisierung der Wirtschaftstätigkeit reguliert werden? Und wie kann die Stabilität des Finanzsystems gesichert werden?

Für weitere Informationen und Interviewanfragen kontaktieren Sie bitte den Autor dieser Studie:

Husnu Dalgic, Ph.D.

Abteilung Volkswirtschaftslehre

Universität Mannheim

Tel: +49 621-181-1958

Email: hdalgic@mail.uni-mannheim.de

CRC TR 224 Büro, Ture Petersenn

Telefon | +49 228 7362184

Email | crctr224@uni-bonn.de

www.crctr224.de